Steuern im Lebenskostenindex?

Von *Carl Brüscheiler*, Zürich

Die Beantwortung der Frage, ob die direkten Steuern in die Berechnung der Lebenskosten einzubeziehen seien, versuchte der Verfasser bereits in einem Vortrage, den er im Jahre 1923 im Verbands schweizerischer statistischer Ämter gehalten hat. Die nachfolgende Aussprache zeigte, dass die Frage weiterer Abklärung wert war. Deshalb gelangte der Verfasser an verschiedene Volkswirtschaftler und Statistiker, die in aufschlussreichen Ausführungen zu dem Thema Stellung nahmen. Die erhaltenen Meinungsäußerungen sind interessant genug, um breiteren Fachkreisen zur Kenntnis gebracht zu werden. Mag das Thema an sich und seiner Aktualität nach nicht gerade zu den wichtigsten Tagesfragen gehören, so verdient es nach der theoretischen Seite hin doch unsere Aufmerksamkeit; denn früher oder später wird sich die vergleichende Statistik über eine einheitliche Lösung verständigen müssen.

* * *

Vorerst eine kurze begriffliche Überlegung. Was ist, was will der Lebenskostenindex? Die Preisindexziffer im allgemeinen dient als Masstab für die Veränderungen der Kaufkraft des Geldes. Der Lebenskostenindex im besondern will zeigen, wie sich diese Kaufkraft vor allem für die Lohnempfänger verändert hat. Den Gegenwert des Geldes nun bilden «Waren», und zwar für den Lohnempfänger jene Waren, die er zu seinem Lebensunterhalte nötig hat. Das war der ursprüngliche Begriff der Lebenskostenindexzahl. Ihre praktische Anwendung als Lohnberechnungsfaktor hat dann zu einer etwas weiteren Definition geführt. Diese geht von der Erwägung aus, dass aus den Geldlöhnen nicht nur Waren für den täglichen Lebensbedarf angeschafft, sondern auch andere laufende Aufwendungen bestritten werden müssen. Irving Fisher ¹⁾ spricht im weitesten Sinne von einer Kostenindizierung «der Bedürfnisse und Lebensannehmlichkeiten». Obschon nun das Steuern zahlen weder zu den Bedürfnissen noch zu den Lebensannehmlichkeiten gehört, so stellen die direkten Steuern doch sicher einen Teil jener laufenden Aufwendungen dar, die der Lohnempfänger aus seinem Arbeits-einkommen zu bestreiten hat. Sobald also der Lebenskostenindex etwa im Sinne der gleitenden Lohnskala dem Lohnempfänger dauernd die gleiche Lebenshaltung gewährleisten will, dann sind auch die direkten Steuern — die eine Zwangsausgabe darstellen wie die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung — bei der Indexberechnung zu berücksichtigen. Ihre Nichtberücksichtigung würde

¹⁾ Die Kaufkraft des Geldes, deutsche Ausgabe von Stecker, Berlin und Leipzig 1922; Seite 168.

eine Verbesserung oder Verschlechterung des eigentlichen Lebensunterhaltes bedingen, je nachdem die Veränderungen in der Steuerbelastung kleiner oder grösser sind als die der übrigen Ausgaben.

Auf den ersten Blick scheint die Sachlage also klar. Klarheit herrscht jedenfalls darüber, dass nur die auf das Arbeitseinkommen gelegte Steuer zu berücksichtigen ist, nicht dagegen die Steuer für ein allfällig vorhandenes Vermögen oder Kapitaleinkommen. Und doch bestehen verschiedene Auffassungen über die Hauptfrage selbst, ob die Steuern wirklich Lebenskosten sind und als solche in die Indexberechnungen gehören. In der Tat lassen sich gegen ihren Einbezug ernste Bedenken geltend machen. Diese Bedenken sind auf die eingangs erwähnte Rundfrage am bestimmtesten formuliert worden von Professor *Eugen Grossmann*, der sich wie folgt ausspricht:

«Wohl ist es richtig, dass die Steuern eine nicht vermeidbare Ausgabe sind und somit einen „Zwangsbedarf“ par excellence, vielleicht in noch höherem Grade als manche Ausgaben für Nahrungsmittel oder Kleidung darstellen. Allein diese formale Tatsache kann über den fundamentalen Unterschied zwischen Steuern und anderen Formen des Zwangsbedarfes nicht hinwegtäuschen. Die Steuer stellt ihrem Wesen nach keinen Bestandteil der „Lebenskosten“ dar, sondern ein zwangsweise gebrachtes Opfer, das das Gemeinwesen dauernd (oder wie bei der eidgenössischen Kriegssteuer auch nur temporär) von den seiner Gewalt unterworfenen Personen verlangt. Sie ist das Ergebnis des jeweiligen Machtverhältnisses zwischen Gemeinwesen und Einzelwirtschaft, eine unvermeidbare Kürzung des Einkommens (unter Umständen auch des Vermögens), die als Fatum ertragen sein will wie ökonomische Nachteile, die sich aus andern rechtlichen Beziehungen ergeben und die unter Umständen auch einen regelmässig wiederkehrenden Charakter haben können, wie z. B. Alimente, Verwandtschaftsunterstützungen, ohne dass man sie deswegen zu den Lebenskosten rechnet. Für die Bestreitung des Privataufwandes überhaupt und der als „Lebenskosten“ bezeichneten notwendigen Ausgaben im besondern steht, richtig aufgefasst, gar nicht das ganze Bruttoeinkommen des Steuerpflichtigen, sondern nur der Teil desselben zur Verfügung, der nach Abzug aller gesetzlichen oder vertraglichen Zwangsleistungen, insbesondere der Steuern, übrig bleibt.

Ist somit die Steuer schon vom theoretischen Standpunkt aus nicht als Bestandteil der Lebenskosten zu betrachten, so spricht auch ein praktischer Grund durchaus gegen eine solche Auffassung. Die Indexziffer hat den praktischen Zweck, eine Grundlage zu schaffen für die Bemessung der Löhne öffentlicher und privater Angestellter und Arbeiter. Bezieht man nun die Steuern in die Indexziffer ein, so vertritt man bewusst oder unbewusst den Anspruch, dass der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer nicht nur — wogegen nichts einzuwenden wäre — die in den Warenpreisen enthaltenen indirekten Steuern zu ersetzen habe, sondern auch die als persönliche Opfer gedachten Kopf-, Vermögens- und Einkommenssteuern. Ein solcher Gedanke steht aber in schroffem Widerspruch zu der steuerpolitischen Auffassung, die eben ein Hin- und Herschieben der Steuerlast auf dem Abwälzungswege, wie es bei indirekten Steuern üblich ist, vermeiden will und in der persönlichen Vermögens- und Einkommenssteuer das Mittel dazu gefunden zu

haben glaubt. Jedenfalls müsste es als eine sachlich nicht gerechtfertigte Begünstigung des öffentlichen Personals bezeichnet werden, wenn Staat und Gemeinden nicht nur Gehälter ausrichten würden, die über das Einkommen der privaten Lohnarbeiter weit hinausgehen, sondern ihnen überdies auch die persönlichen Steuern unter dem Titel „Lebenskosten“ wieder ersetzen würden.

Es kommt hinzu, dass, selbst wenn man die Steuer als Bestandteil der Lebenskosten auffassen wollte, der *Messung dieser Kosten fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen würden*. Denn hier fehlt es — im Gegensatz zu Waren und sogar zu persönlichen Dienstleistungen, wie Unterricht, ärztliche Behandlung, Rechtsberatung usw. — sowohl an der Möglichkeit, den „Preis“ dieser Leistungen zu berechnen, als auch an der Möglichkeit, die staatlichen und kommunalen Leistungen scharf zu umreissen und vor zeitlichen Schwankungen zu schützen. So leicht es ist, die Kosten eines Kilogrammes Reis oder eines Anzuges aus Wollstoff im Laufe der Zeit zu verfolgen, so schwierig ist es, das in den staatlichen oder kommunalen Leistungen liegende Äquivalent der Steuern zu erfassen. Seit 1914 haben Staat und Gemeinden Leistungen vollbracht, die in ihrer Art und in ihrem subjektiven Wert für den einzelnen Steuerpflichtigen die grössten Veränderungen aufweisen. Man braucht nur an die gewaltigen kriegswirtschaftlichen Ausgaben, an die Arbeitslosenunterstützungen der Nachkriegszeit, an die Erhöhung der Passivzinsen und an die wesentliche Verbesserung des Realeinkommens grosser Teile des öffentlichen Personals zu erinnern, um die eingetretenen quantitativen und qualitativen Änderungen zum Bewusstsein zu bringen. Und welche Verschiedenheiten weist der subjektive „Gebrauchswert“ dieser Leistungen für die verschiedenen Kategorien von Steuerpflichtigen auf. Der städtische Angestellte oder Arbeiter, der seit 1919 eine beträchtliche Erhöhung seines Realeinkommens erfahren hat, wird sich, wenigstens wenn er denken kann, über die erhöhten Steuern nicht beklagen. Aber schon die in Privatbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter und noch viel mehr die Unternehmer in Handel und Gewerbe, die Angehörigen der freien Berufe, die Rentner usw. werden bestreiten, dass den seit 1914 eingetretenen Steuererhöhungen auch *ihnen* erwiesene vermehrte Gegenleistungen des Gemeinwesens gegenüberstehen.

So erweist es sich bei näherer Betrachtung, dass die Leistungen des Gemeinwesens tatsächlich gar nicht eine Ware oder ein Dienst von unveränderlichem Charakter sind, sondern ein in fortwährendem Flusse befindliches und in seinem Werte für den einzelnen Steuerpflichtigen gar nicht einheitlich bestimmbares Ding.

Und zu dieser Unfassbarkeit des Objektes tritt als erschwerendes Moment hinzu die Tatsache, dass die öffentlichen Leistungen *auch gar keinen Marktpreis haben* wie Waren oder wie Dienstleistungen, wie Haarschneiden oder ärztliche Behandlung oder dergleichen. Das Gemeinwesen deckt die Kosten seiner Leistungen zum allergrössten Teil nicht durch tarifierte Gebühren, sondern eben durch Steuern, bei deren Verteilung aber — und mit Recht — nicht der Wert der öffentlichen Leistungen für den einzelnen, sondern die Leistungsfähigkeit das ausschlaggebende Moment ist. Die Steuerverteilung ist eben letzten Endes ein Akt bewusster und gewollter Regulierung des für den Privataufwand zur Verfügung stehenden

Nettoeinkommens der Einzelwirtschaften, die wohl die Deckung der öffentlichen Ausgaben bezweckt, keineswegs aber, vom Standpunkt des einzelnen aus betrachtet, das Äquivalent für die von ihm empfangenen Dienste des Gemeinwesens darstellt. Je nach Familiengrösse, Einkommen, Vermögensbesitz, Gesundheitszustand usw. wird vielmehr der eine das volle Äquivalent seiner Steuern erhalten, der andere viel weniger und der dritte viel mehr.»

Den gleichen prinzipiellen Standpunkt nehmen auch die Professoren *Jul. Landmann* und *F. Mangold* ein, die sich in einer gemeinsamen Vernehmlassung folgendermassen äussern:

«Zweck der Indexzahlberechnung ist: den Einfluss der Preisveränderungen auf die Kosten der Lebenshaltung ziffernmässig festzustellen. Die Steuer aber ist kein Bestandteil des individuellen Verbrauches, dessen Kosten die Indexzahl feststellen soll: die Steuerzahlung ist kein nach irgendeinem Preise geleistetes Entgelt; nicht allein die aus den Veränderungen des Steuerobjektes, sondern auch die aus den Veränderungen der Steuersätze resultierenden Veränderungen der Steuerlast können nicht als Preisveränderungen aufgefasst werden. Wohl könnte gegen diese Auffassung angeführt werden, dass nach einer weitverbreiteten Lehre die Steuer erklärt wird als nach dem Prinzip des „generellen Entgeltes“ den Bürgern zur Bedeckung des öffentlichen Bedarfes auferlegte Leistungen, die Steuer sich somit als der Preis darstellt, den der Bürger generell für die staatlichen Leistungen entrichtet; aber ein solcher Einwand wäre wenig schlagkräftig, weil diese Lehre, wie alle andern „zur Erklärung“ der Steuer ausgebildeten Theorien, heute wohl als veraltet bezeichnet werden können. Sie wurden ausgebildet zu einer Zeit, da die herrschende, rationalistische Orientierung Erscheinungen wie den Staat oder das Geld oder die Steuer, um sie überhaupt verstehen zu können, rationalistisch „erklären“, d. h. meistens als eine besondere Abart vertraglicher Übereinkunft auffassen musste. Die moderne Finanzwissenschaft verzichtet auf jede solche „Erklärung“ der Steuer; zum Verständnis des Phänomens der Besteuerung genügen ihr völlig die beiden Elemente: Finanzbedarf und Gebietshoheit. Zur Bedeckung des öffentlichen Finanzbedarfes müssen Mittel beschafft werden, und auf Grund der Gebietshoheit hat der Staat die Macht, den Bürgern die öffentlich-rechtliche Verpflichtung aufzuerlegen, einen Teil ihres Einkommens in den mannigfaltigsten Formen der Steuerleistung an die öffentlichen Kassen abzuführen. Die Steuer ist nicht Preis, nicht Wirtschaftsäquivalent der vom Staate dargebotenen Leistungen (schon deshalb nicht, weil eine wirtschaftliche Bewertung dieser Leistungen und damit auch die Festsetzung eines Preises schlechthin unmöglich wäre), sie bildet nicht einen Bestandteil des individuellen Verbrauches der einzelnen Wirtschaftler, dessen Kosten ziffernmässig festzustellen Aufgabe der Indexberechnung ist, sie stellt sich vielmehr, namentlich bei einer an den Aufgaben der Indexberechnung orientierten Betrachtungsweise, als eine Minderung des für den individuellen Verbrauch freibleibenden Einkommens dar.»

Eine gegenteilige Auffassung vertritt Professor *K. Pribram*; seine Antwort auf die Rundfrage lautet:

«Wie Sie mit Recht bemerken, handelt es sich bei der Einbeziehung der Steuern in die Indexberechnung um das Problem, die Kosten des Lebensunterhaltes anhand eines unveränderlichen, sich stets gleichbleibenden Lebensstandards zu messen, für den die Quantitäten des Aufwandes ein für allemal gegeben sind, während ihr Preis einem Wechsel unterliegt. Die Steuern haben nun die Eigentümlichkeit, dass sie vielfach eine von dem Willen des Besteuereten selbstverständlich ganz unabhängige Veränderung mit der Höhe des auf die übrigen Verbrauchsgüter aufgewendeten Geldbetrages erfahren, sofern dieser hier den Charakter eines steuerbaren Einkommens annimmt. Dies ist insbesondere dann auffällig, wenn das Mass der Steuern progressiv mit der Höhe des Einkommens wächst. Die alleinige Tatsache, dass, um den gleichen Realaufwand zu bestreiten, bei steigenden Preisen ein höheres Einkommen erforderlich ist, führt zur Einreihung des Steuerträgers in eine höhere Steuerstufe, was von der Steuergesetzgebung ursprünglich gar nicht beabsichtigt war, die bei Aufstellung der Progression die Einkommen nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu treffen beabsichtigte. Eine Steigerung dieser Leistungsfähigkeit liegt indes, wenn das vermehrte Einkommen bloss die Erhöhung der Güterpreise ausgleicht, offenbar gar nicht vor. In derartigen Fällen werden die Steuern zu einer Funktion des Masses des Güterwertes selbst; indem sich der Masstab ändert, der den Güterwert bestimmt, ändert sich auch die Höhe der Steuern, nicht bloss proportional diesem Masstabe, sondern in einem steigenden Verhältnisse.

Die Berücksichtigung der Steuern bei der Indexberechnung wird noch durch ein zweites Moment erschwert. Man kann die Steuern füglich, um sie mit den anderen Gruppen des Aufwandes in Parallele zu setzen, als ein Entgelt für die dem Steuerpflichtigen von der Gesamtheit geleisteten Dienste und Vorteile auffassen; ändert sich nun der Finanzbedarf des Staates, der Gemeinde usw., insbesondere infolge einer Änderung der von ihnen übernommenen Leistungen, so erfolgt eine Erhöhung der Steuern, die zur Frage berechtigt, ob nicht durch diesen Umstand ein veränderliches Element in das, der Voraussetzung gemäss unveränderliche Budget indirekt eingeführt wird. Derartige Veränderungen sind angesichts der durch den Krieg und seine Folgen in allen Staaten von den öffentlichen Körperschaften übernommenen gesteigerten Lasten allenthalben zu beachten. Wollte man indes, um diesem Einwande zu entgehen, bei der Berechnung des Steuerindex an der Steuergesetzgebung des Ausgangsjahres (der Vorkriegszeit) festhalten, so würde sich die Rechnung immer mehr von der Wirklichkeit entfernen, und es könnte sich die paradoxe Erscheinung ergeben, dass bei steigendem Finanzbedarf des Staates und steigenden Steuern der Steuerindex mit dem sinkenden Geldwerte sinken würde. Diese Methode würde in Ländern mit stark entwerteter Valuta völlig ad absurdum geführt werden, da hier das Existenzminimum, oberhalb dessen das steuerbare Einkommen überhaupt erst beginnt, vielfach ein Mehrtausendfaches des Existenzminimums der Vorkriegszeit beträgt.

Erwägungen der geschilderten Art haben manche Theoretiker zu dem Schlusse veranlasst, die Steuern überhaupt von der Berechnung des Index der Lebenskosten auszuschliessen. Da indes jede nur einen Teil des Bedarfsaufwandes berücksichtigende Indexberechnung von der stillschweigenden Voraussetzung ausgeht,

dass die in die Rechnung nicht einbezogenen Teile des Aufwandes sich parallel mit dem Index der betreffenden Gruppe in ihrem Werte oder Preise verändern, so müssen die Steuern grundsätzlich in die Berechnung einbezogen werden, sobald sich zeigen lässt, dass jene Voraussetzung durch die Erfahrung nicht bestätigt wird.»

Und wie die Theorie, so gehen die Meinungen und Auffassungen auch in der *Praxis* auseinander. Die Vereinigten Staaten beziehen die Steuern in die Lebenskostenberechnungen ein, ebenso Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland. Holland (Amsterdam) berücksichtigte die Steuern bis 1920, liess sie dann aber fallen. In der Schweiz umfasste der alte Index der Stadt Bern ebenfalls die Steuern, und im sogenannten grossen Basler Index sind sie heute noch inbegriffen. Die zweite internationale Konferenz für Arbeitsstatistik, die im April 1925 in Genf tagte, hat sich mehrheitlich für den Einbezug der Steuern ausgesprochen und damit den Argumentationen des Internationalen Arbeitsamtes ¹⁾ beigepllichtet. Kurz vor diesem Beschlusse war die deutsche Reichsindexziffer auf eine neue Berechnungsgrundlage gestellt worden. Dabei «konnte der vielfach erhobenen Forderung, auch die Steuern und sozialen Abgaben in die Indexberechnung mit einzubeziehen, aus methodischen Bedenken und Schwierigkeiten nicht stattgegeben werden. Für die Berechnung der Reallöhne besteht die Möglichkeit, die Steuern und Versicherungsbeiträge vom Lohn abzusetzen und den verbleibenden Restbetrag mit Hilfe der Lebenshaltungsindexziffer auf seine Kaufkraft umzurechnen» ²⁾. Die neue Indexberechnung über die Veränderung der Lebenskosten, die vom österreichischen Bundesamt für Statistik anfangs 1926 eingerichtet wurde, lässt die Steuern ebenfalls ausser Betracht, «vor allem deshalb, weil eine Erhöhung der Steuern nicht schon an sich eine Verminderung der Kaufkraft des Geldes im gewöhnlichen Sinne des Wortes bedeutet» ³⁾. Ausserdem werden auch hier technische Schwierigkeiten geltend gemacht, indem es «vollkommen ausgeschlossen erscheint, irgendeinen Durchschnitt der direkten Besteuerung anzunehmen». In der Fachkommission, die die Grundlagen für einen schweizerischen Verständigungsindex vorzubereiten hatte, fand über den Einbezug der Steuern eine eingehende Aussprache statt, die schliesslich mit 6 gegen 2 Stimmen zu dem Beschlusse führte, «dass die Steuern prinzipiell nicht in den Index gehören». Dieser Auffassung angeschlossen hat sich die grosse, mehrheitlich aus Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen bestehende Indexkonferenz. Ob diese Beschlussfassung vorwiegend aus theoretischen oder mehr aus praktischen Überlegungen zustande kam, ist in der Wirkung nebensächlich.

Mit dem Beschlusse der eidgenössischen Indexkonferenz fällt für unser Land die hier aufgeworfene Frage vorläufig aus Abschied und Traktanden. Aber eben nur vorläufig; denn der Beschluss der internationalen Arbeitskonferenz wird, wenn er bestehen bleibt, zu einer neuen Stellungnahme führen. Vielleicht ist das Problem für die *internationale Statistik* ein anderes als für die Landesstatistik.

¹⁾ Studien und Berichte, Reihe N (Statistik), Nr. 6, Genf 1925; Seite 47.

²⁾ Wirtschaft und Statistik, 5. Jahrgang, 1925, Nummer 5; Seite 160.

³⁾ Statistische Nachrichten, 4. Jahrgang, 1926, Nummer 1; Seite 17.

Die internationale Statistik braucht vergleichbare Teuerungszahlen, um danach die Höhe der Reallöhne zu messen. Dass die Teuerungszahlen durch die Steuern beeinflusst werden können, ist ohne weiteres zuzugeben. Aber ein Land hat nicht nur direkte, sondern auch indirekte Steuern. Nun sind aber die indirekten Steuern in die Warenpreise einkalkuliert und damit unsichtbar im Lebenskostenindex bereits enthalten. Nehmen wir folgendes extreme Beispiel an: Zwei Staaten haben genau den gleichen Finanzbedarf. Staat A deckt ihn ausschliesslich durch direkte, Staat B ausschliesslich durch indirekte Steuern. Sind die eigentlichen Produktions- und Verteilungskosten in beiden Ländern nach Stand und zeitlicher Entwicklung gleich, dann wird der Staat B beim Hinzutreten indirekter Steuern in den ursprünglichen Warenpreisen eine grössere Verteuerung aufweisen als Staat A, wenn dieser die direkten Steuern nicht einbezieht. Dadurch wird die Vergleichbarkeit der Teuerungszahlen gestört und ihre Nutzenanwendung fraglich. Von diesem Gesichtspunkte aus mag also das Bestreben der internationalen Statistik, auch die direkten Steuern in die Lebenskostenberechnung einzubeziehen, verständlich sein. Wie aber stellt sich die internationale Statistik zu dem Problem, wenn — was theoretisch ganz gut denkbar ist — die Arbeiterschaft eines Landes imstande war, die direkten Steuern auf den Produzenten abzuwälzen? Erscheinen in diesem Falle die direkten Steuern dann nicht schon in den Warenpreisen? (Ob ganz oder teilweise ist grundsätzlich belanglos). Will man den Lebenskostenindex dieses Landes, der also die Belastung durch direkte Steuern bereits zum Ausdruck bringt, ein zweites Mal mit dem Steuerindex befrachten? Die Fragen zeigen, wie schwierig sich das Problem stellt.

Und drängt sich bei weiterer Betrachtung nicht auch der Gedanke auf, dass es nicht allein darauf ankommt, wieviel Steuern der Arbeiter zahlen muss, sondern auch darauf, wofür er sie zu entrichten hat? Es ist für den unselbständig Erwerbenden sicher nicht gleichgültig, ob seine Steuerbeiträge vom Fiskus zur Schuldentilgung, für Rüstungs- und Militärausgaben oder aber für soziale Fürsorgeeinrichtungen verwendet werden. Im ersteren Falle hat der Steuerpflichtige kein greifbares Äquivalent für seine Leistungen, im Gegensatz zum zweiten Falle, in dem ihm ein grösserer oder kleinerer Teil seiner Steuergelder in irgendeiner Form wieder zugute kommt. In einem Lande mit einer ausgebildeten Sozialversicherung, die den Schwachen vor den Folgen von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter schützt, kann bei sonst gleich gearteten Lebensverhältnissen ein geringeres Einkommen einen ebenso grossen Wert besitzen wie ein grösserer Lohn in einem andern Lande, wo der Arbeiter die Risiken für die Tage der Not selber zu tragen hat. Daraus folgt, dass die Lebenshaltung in einem Lande nicht durchaus abhängig zu sein braucht von der Höhe des Reallohnes, wie sie sich aus dem Verhältnis zum Lebenskostenstand ergibt und dass auch ein internationaler Lebenskostenindex mit Steuern zu einer Bewertung der sozialen Lebensbedingungen nicht ausreicht.

Ich höre den Einwand, der mir da entgegengehalten wird und der lautet, dass man vom Lebenskostenindex nichts Unmögliches verlangen solle und dass er überhaupt nur Annäherungswerte vermitteln könne. Zugegeben; aber die Möglichkeit, dass internationale Teuerungsberechnungen ohne Steuern diese

Annäherungswerte ebensogut vermitteln wie solche mit Steuern, scheint mir bei der zum Teil ganz ungleichartigen finanziellen und sozialen Struktur der einzelnen Volkswirtschaften dennoch nicht völlig ausgeschlossen. Man wird auf Deutschland und seine zehnpromzentige Lohnsteuer hinweisen. Gewiss, ein anschauliches Beispiel. Aber der Hinweis schliesst die Annahme nicht aus, dass ein anderes Land seine Lohneinkommen genau in demselben Masse mit indirekten Steuern belasten kann. Der Gedankengang führt auf den Anfang meiner Überlegungen zurück. Der Begründung von Prof. Pribram, die Steuern müssten grundsätzlich in die Lebenskostenberechnungen einbezogen werden, sobald sich zeigen lasse, dass der Steuerindex nicht parallel zum Index der übrigen Aufwandkosten verlaufe, kann ich bei aller Anerkennung seiner Kapazität materiell und auch formell nicht beipflichten: materiell nicht wegen der erwähnten Verschiedenheit in der sozialen Auswirkung der Steuern, formell nicht, weil der Index der meisten Länder auch andere Ausgabengruppen ausser Betracht lässt, obgleich sie nicht unbedingt die gleiche Verteuerung aufweisen müssen wie der einbezogene Bedarfsaufwand.

Zu den theoretischen Bedenken aber gesellen sich dann noch praktische Schwierigkeiten. Das deutsche Reichsamt und das österreichische Bundesamt haben nachdrücklich darauf hingewiesen. In der Schweiz bestehen sie vielleicht noch in vermehrtem Masse. Wie will man bei unserer Kleinstaaterei, der kantonalen und gemeindlichen, einen schweizerischen Steuerindex berechnen? Man könnte allenfalls gleich vorgehen wie bei der Berechnung des Landesmietindex, also die Steuern grösserer Gemeinden feststellen und daraus ein gewogenes Mittel berechnen. Aber wäre ein solcher schweizerischer Steuerindex nicht eine fiktive Grösse, der jede reale Grundlage fehlt? Selbst wenn er für internationale Vergleiche noch einen Wert besässe, so wäre er doch für die praktische Anwendung innerhalb des Landes ohne Bedeutung, weil wir in der Schweiz keine Landestarife mit einheitlichen Lohnfestsetzungen haben. Sollte die Schweiz entsprechend dem Beschlusse einer internationalen Körperschaft früher oder später einen schweizerischen Steuerindex aufstellen, so wird dieser mehr den Charakter eines Exportartikels haben, als für den «Eigenkonsum» verwendbar sein. Wissenschaftlich ist es sicher ganz interessant, zu erfahren, welchen Einfluss die direkten Steuern auf die Gestaltung der Lebensaufwandkosten ausübt. Für diesen Nachweis ist aber auch der entsprechende Lebenskostenindex ohne Steuern nötig. Liegen einmal die Ergebnisse beider Berechnungsarten vor, dann ist die Frage möglicherweise bald entschieden, nach welchem Index sich die vergleichende Lohnstatistik richten will. Im Wirtschaftsleben allerdings wird die Entscheidung von andern Faktoren abhängen; denn die Indexfrage in ihrer Nutzanwendung ist eine Frage der praktischen Lohnpolitik und damit letzten Endes eine Machtfrage.

Obleich die praktischen Schwierigkeiten, die sich der Berechnung eines Steuerindex für ein ganzes Land und der Vergleichbarkeit der Steuerindizes mehrerer Länder entgegenstellen, für eine einzelne Gemeinde nicht bestehen, ist der Verfasser auch als Kommunalstatistiker grundsätzlicher Gegner des Steuerbezuges. Er hat von jeher die Auffassung vertreten, dass die *Steuererhöhung keine eigentliche Teuerungerscheinung* sei. Teuerung ist eine Verminderung der

Kaufkraft des Geldes, die nur an einem sich stets gleichbleibenden Verbrauch an Waren und Gütern gemessen werden kann. Auch wenn man die Leistung des Staates und der Gemeinde, die den Gegenwert für die Steuer bildet, als Gut gelten lassen wollte, so fehlt dieser Gegenleistung die für die Kaufkraftbemessung notwendige Voraussetzung nicht nur der gleichbleibenden Quantität, sondern auch der gleichbleibenden Qualität. Die statistische Messung solcher Quantitäts- und Qualitätsunterschiede ist ein Ding der Unmöglichkeit. Aber selbst wenn diese notwendigen Voraussetzungen gegeben wären, würde ich mich der Auffassung der Professoren Grossmann, Landmann, Mangold anschliessen, dass die direkten Steuern keine Lebenskosten, kein Bestandteil des individuellen Verbrauches sind, sondern ein dem Steuerpflichtigen nach seiner wirtschaftlichen Kraft auferlegtes Opfer, welches das für den individuellen Verbrauch freibleibende Einkommen zwangsweise vermindert. Daher darf die Statistik durch den Einbezug der Steuern in die Lebenskosten nicht der Auffassung Vorschub leisten, die direkten Steuern müssten bei einer Angleichung der Löhne an den Index den Lohnempfängern von den Arbeitgebern einfach ebenso ersetzt werden wie die «wahren» Lebenskosten. Man vergegenwärtige sich die Folgen einer solchen Lohnpolitik z. B. für den Arbeitgeber Staat. Müsste er die von ihm auferlegten Steuern seinem Personal nach dem Index in Form höherer Löhne wieder zurückvergüten, so wäre er gezwungen, entweder die Steuern von neuem zu erhöhen oder aber den an Lohnauszahlungen verlorenen Steueranteil auf die übrigen Volkskreise abzuwälzen. Dadurch geriete das öffentliche Personal in eine weitere Vorzugsstellung, z. B. auch gegenüber der Privatarbeiterschaft, wenn dieser die Steuerabwälzung auf das Unternehmertum nicht gelingen sollte. Die Folge davon wäre, dass sich die Besserstellung der öffentlichen Funktionäre auf Kosten einer wirtschaftlich schwächeren Erwerbsgruppe vollzöge, ein Zustand, der ungerecht und asozial wäre. Würde aber auch der Privatarbeiterschaft die Steuerüberwälzung möglich sein, so hätten bei der heutigen Wirtschaftsverfassung steigende Steuern unbedingt eine Produktionsverteuerung zur Folge mit neuen Preiserhöhungen, die ihrerseits wieder neue Lohn-erhöhungen bedingten. Es träte die berühmte Schraube ohne Ende in Funktion, die sich bekanntlich leichter hinauf- als zurückdrehen lässt. Die Einbeziehung der Steuern in den Lebenskostenindex ist daher auch vom finanzpolitischen und volkswirtschaftlichen Standpunkte aus abzulehnen.